

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Neue Koordinierungsstelle gegen religiösen Extremismus



Foto: Boris Roessler / dpa

Jugendliche bei einer Kundgebung des umstrittenen Islam-Predigers Pierre Vogel in Frankfurt (Archiv)

Türkische Gemeinde kümmert sich um Jugendliche, die Gefahr laufen, sich zu radikalisieren. Demokratieverständnis soll gefestigt werden.

Kiel. Mit einer Landeskoordinierungs- und Beratungsstelle will Schleswig-Holstein den Kampf gegen religiös motivierten Extremismus verstärken. Die Einrichtung in Trägerschaft der Türkischen Gemeinde kümmert sich seit Anfang des Monats vor allem um junge Menschen, die in Gefahr sind, sich religiös zu radikalisieren, teilte Innenminister Stefan Studt (SPD) am Dienstag in Kiel mit. "Wir setzen auf Prävention, Intervention und Netzwerkarbeit."

Vor allem das Demokratieverständnis bei Kindern und Jugendlichen soll gefestigt und der Kreislauf von Diskriminierung und Radikalisierung durchbrochen werden. Ein Schwerpunkt liege auf der Salafismusprävention, denn der Salafismus sei die derzeit dynamischste islamistische Bewegung.

Eine Mitarbeiterin in der Landeskoordinierungsstelle im Innenministerium und je ein weiterer Berater in Kiel (ab 1. Mai) und Lübeck unterstützen und beraten landesweit Eltern, Angehörige und Freunde von jungen Menschen, die gefährdet sind. Sie analysieren gemeinsam die Situation und suchen mit Hilfe von Fachkräften nach Lösungen.

Zu den Aufgaben der Landeskoordinierungsstelle gehören auch die pädagogische Arbeit und politische Bildung in Schulen, Jugendeinrichtungen und Kindertagesstätten. In Fortbildungsseminaren sollen Lehrer und andere Pädagogen befähigt werden, auf religiös motivierte Verhaltensweisen angemessen zu reagieren. Institutionen und Einrichtungen wie muslimische Vereine, Schulen oder Elternverbände sollen landesweit vernetzt werden, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Für die Entwicklung und Umsetzung von konkreten Projekten zu den Themen religiöser Extremismus und Islamfeindlichkeit stehen rund 30.000 Euro jährlich zur Verfügung. Die Projekte sollen in Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften und muslimischen Verbänden entstehen.

Ratsuchende, Betroffene und Angehörige können eine Hotline (0431/988-3434) anrufen. Hierüber erfolgt eine erste Kontaktaufnahme zu erfahrenen Fachleuten. Darüber hinaus ist auch die Landeskoordinierungsstelle unter der Telefonnummer 0431/988-3151 zu erreichen. Diese steht zusätzlich bei Fragen zum Landesprogramm und zu Fördermöglichkeiten von regionalen Projekten zur Verfügung.